

Artikel aus Januar bis Mai 2008:

### **Erforderliche Korrekturen. Die Rolle der KEWOG**

Die Betreuung der Städtebauförderungsprogramme wird in Weißenfels nicht als ureigene Aufgabe der Stadt wahrgenommen. Die Übertragung dieser wichtigen Funktion an einen privaten Sanierungsträger beinhaltet zwangsläufig die Gefahr des Verlustes der Eigenständigkeit der Stadt in wichtigen Fragen der Stadtentwicklung. Der innere Widerspruch einer solchen Regelung liegt bei näherer Betrachtung auf der Hand: Das nachvollziehbare unternehmerische Ziel einer solchen Firma, sich quasi als Dauerauftragnehmer der Stadt einzurichten, liegt im Gegensatz zur gebotenen Effizienz im Umgang mit öffentlichen Mitteln. Findet das nicht statt, kommt es zwangsläufig zu Verschleppungen, Verfilzungen, mangelnder Übersicht und Transparenz. Das führt zu einer Selbstbedienungspraxis, wenn begünstigend jeglicher Wettbewerb für die Ausführung derartige Aufgaben praktisch ausfällt. In Weißenfels ist nicht nur nach meinen Beobachtungen genau das der Fall. Alles, was ich dazu schon veröffentlicht habe, ist nach wie vor hochaktuell.

Ein Stadtrat aus ehrenamtlichen Mandatsträgern kann die dringend erforderliche Kontrollfunktion zur Eindämmung solcher Entwicklungen nicht erfüllen. Dazu die folgende Veröffentlichung im „Roland-Brief“, Ausgabe Februar 2007, herausgegeben vom Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für solche und ähnliche Fälle:

„Der (Landtags-)Abgeordnete Gürth (CDU) stellte die Kompetenz der Stadt- und Gemeinderäte in den Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen in Frage. Nach seiner Wahrnehmung kann oftmals nicht ein Einziger aus dem Gemeinderat überhaupt eine Bilanz lesen.“

Hier zeigt sich ein wesentlicher innerer Widerspruch der kommunalen Selbstverwaltung, auf den ich gegen das allgemeine Gezänk seit Jahren aufmerksam mache.

Im Schatten solcher Umstände wird Weißenfelser Stadtentwicklung seit vielen Jahren praktiziert.

Dass riesige Gelder für nutzlose Planungen und Gutachten verschleudert werden, ist lange kein Geheimnis mehr. Doch lesen Sie einleitend zunächst, was an Kommentaren zu diesem Thema aus der entsprechenden Sach- und Fachliteratur entnommen werden kann:

### **Gutachter und Planer und was man in der kritischen Fachpresse über sie lesen kann:**

„Um ihre Ziele zu erreichen, werden von den Investoren systematisch die zuständigen Genehmigungsstrukturen einer Stadt untersucht und ggf. einzelne, einflussreiche Personen für das jeweilige Projekt gewonnen, die dann in den Gremien ihre Überzeugungsarbeit für hartes Geld oder sonstige Vorteile leisten müssen. Ob beim Golfspiel, bei Parteitreffen oder gemeinsamen Luxusreisen bleibt dem Einzelfall überlassen.... Manchmal handelt es sich sogar um Beamte, und zwar immer dann, wenn versucht wird zu manipulieren und zu tricksen, oder wenn man nicht bereit ist Anfragen ehrlich und korrekt zu beantworten und Verschleierungen an Stelle von Offenheit stehen. Gutachten werden völlig unabhängig von Inhalt, Methodik, Darstellung und Qualität ebenso wie ihre Verfasser instrumentalisiert. Sie tauchen als gesteuerte Gefälligkeitsgutachter auf und liefern das gewünschte Ergebnis. Je größer der politische Vor- Invest in ein Projekt ist, z.B. persönliche Auffassungen und Wünsche von Politikern oder öffentlich finanzierte Vorleistungen (Fördermittel), desto größer wird der Druck, das gewünschte Ergebnis zu liefern.“

(Droste-Sachbuch 2006: Angriff auf die City)

Eine regelrechte Gutacherindustrie hat sich dabei entwickelt.

Der Datenbrei, aus dem sie schöpfen können, lässt Interpretationen in alle Richtungen zu. Sie liefern dann alles, was gewünscht ist. Vor jeder Entscheidung werden sie mit hoch

dotierten Aufträgen bedacht. Aus ihren Computerspeichern liefern sie dann alle möglichen Kombinationen und nennen es Gutachten, Studien, Konzepte usw. Sie verdienen sehr gut dabei. Die Unkritischen und Unwissenden sind beeindruckt. Die Auftraggeber erhalten die Legitimation ihres Handelns. Die Allgemeinheit wird betrogen.

## Künstliche Zahlen und Hochrechnungen

Um den Verfall historischer Bausubstanz und damit verbundene Abrisse allgemein zu rechtfertigen, wurden völlig unrealistische Zahlen in die Welt gesetzt. „Ein altes Haus zu sanieren kostet 500 000,-Euro. Damit wäre jeder Bauherr überfordert.“ meinte PDS – Stadtrat Bergmann. Konstruierte Finanzierungsmodelle ermitteln fast die doppelte monatliche Belastung für die Sanierung eines Altbaus gegenüber einem Neubau. Allein die Sanierung der Burgstraße soll 36 Millionen Euro kosten.

Für eine Gesamtsanierung der Altstadt sind angeblich eine gute halbe Milliarde (in Zahlen: mehr als 500 Millionen Euro, oder zum besseren Verständnis: rund eine Milliarde DM) erforderlich, so Prof. Lückmann. Unverantwortliche Zahlen, konstruiert von denen, die Abrisse rechtfertigen wollen. Auf allen möglichen Grundstücken wollen sie mit Fördermitteln historische Bausubstanz abreißen und dafür Neubauten planen und hinsetzen. Abzockende Heuschrecken, die alle daran verdienen wollen. Planer, Baufirmen, WBG und deren Lobbyisten in Weißenfels. Wer sich wirklich auskennt weiß, dass Sanierung im Flächendenkmal Innenstadt für wesentlich weniger Geld machbar ist.

## Die Sanierung des Fürstenhauses

wurde auf der Grundlage einer Nutzungskonzeption und eines Finanzierungskonzeptes (Lückmann 06.05.04, teuer bezahlt) realisiert.

Danach sollte nach der Nutzungskonzeption das Haus für eine Restaurant mit repräsentativen Empfangsmöglichkeiten, mit Festsaal für Kammerkonzerte, repräsentative Speiseräume, Kaminstandorte, modernen Küchenraum, Ausstellungs- und Präsentationsflächen, Magazine, Archivräume, Personalräume, Umkleieräume, Duschkabinen, usw. genutzt werden. (Größenwahn analog zur Markt -Neugestaltung).

Das Finanzierungskonzept beinhaltet im wesentlichen, dass dieses Gebäude als Sanierungsvermögen der Stadt geführt wird und alle laufenden Aufwendungen und Erträge entsprechend abgerechnet werden und insbesondere alle Mieteinnahmen für weitere Sanierungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet einzusetzen sind.

Das Prinzip: Am Ende kommt es zu einem Ertrag, der die aufgebrauchten Fördermittel refinanziert. Grundlage dieses Konzeptes war auch eine Förderung durch die Stiftung DMS als Ersatz der Eigenmittel der Stadt.

Weder das zugrunde gelegte Nutzungs- noch das Finanzierungskonzept wurden umgesetzt.

Trotzdem flossen Millionen. Nun haben wir bei den schon vorhandenen im Rathaus und Novalispavillon das wahrscheinlich teuerste Standesamt Deutschlands und beträchtliche, hochwertig sanierte, aber ungenutzte Räumlichkeiten. Allein für die Bestandssicherung fallen nun Kosten an, ohne das Einnahmen zu verzeichnen sind.

Im Grunde Fördermittelbetrug, zu Ungunsten der gesamten Barocksubstanz in der Innenstadt.

So prachtvoll das Objekt auch hergerichtet wurde. Unter Einbeziehung aller Aspekte entspricht es in dieser Ausstattung nicht den aktuellen Bedingungen für die gesamte Innenstadt. Bei rechtzeitiger Einbeziehung aller hätten die Finanzmittel wesentlich effizienter eingesetzt werden müssen. Mindestens zwei Millionen Euro davon hätten davon beispielsweise bereits in das Kloster fließen können. Für Altenwohnsitze, Schülerakademie, Kultur- und Begegnungsstätten für jung und alt, Teile des Museums... Bedarf gibt es genügend.

## Ortstermin Schlosshang

Grundsätzliche Fragen zum Thema Sanierung Schlosshang sollten im **TOP 7 ...Vorstellung Variantenvorschläge Quartierskonzept Schlosshang Markt 6 bis Leipziger Straße 7** zur 38. Stadtratssitzung am 24.01.08 geklärt werden. Es wurde nichts geklärt, sondern wesentliche Fragen kamen dazu. Das gesamte praktizierte System der Vergabe von Planungsleistungen kam wieder mal ins schleudern. Um nachzuholen, was logischer Weise vorher hätte kommen müssen, wurde zum Thema Stützmauern ein Ortstermin ausgemacht, um den Planungsgegenstand in Augenschein zu nehmen.

Am 05.02.08, 15.00 Uhr trafen sich der Vors. des Ausschusses für Stadtentwicklung Günter Oswald (CDU), WBG- Chef und Stadtrat Martin Neumann (Freie Wähler), Stadtarchitektin Diana Wagner, Stadträte Dr. Klein, Risch, Arps (Bürger für Weißenfels) und Hofmeister (Linke), im Hinterbereich Markt 6.

Die angekündigten klärenden Unterlagen hatte Frau Wagner nicht dabei.

Hier meine Einschätzung:

Eine Verwilderung des gesamten Hangbewuchses hat einerseits zu stabilisierenden Verfestigungen, andererseits zu Wurzelentwicklungen geführt, die in einzelnen Mauerbereichen einige Steine aus dem Verbund gedrückt haben.

Diese Bereiche können ohne größere Aufwendungen repariert werden.

Gefährliche Rissbildungen sind nicht festzustellen.

Dies betrifft auch und besonders den Mauerbereich parallel zum Hintergebäude des Fürstenhauses. Anwesende Bauarbeiter schlossen sich dieser Auffassung an. Die in diesem Bereich bereits vorgenommenen Eingriffe durch Einbringen horizontaler Bohrkerne erscheinen zumindest überflüssig. (Eine nähere statische Begründung für diese Maßnahme wäre interessant.)

Ein Abriss der noch vorhandenen Garagenreihe würde auf Grund der baulichen Umstände keinerlei destabilisierende Wirkungen hervorrufen. Trotz eines ausreichenden Abstandes zum Hang sollte als Raumkante die Rückwand der Garagenfront in einer unauffälligen Höhe belassen werden.

PKW-Stellplätze im gesamten Hinterbereich der Gebäude können in üblicher Anzahl und Größe für Mieter hergerichtet werden, ohne Feuerwehrezufahrt und andere baurechtliche Belange zu beeinträchtigen.

Über Mieterbelange hinausgehende Vorstellungen können hier nicht gelöst werden. Dazu sind ernsthafte Überlegungen und Handlungen im gesamten Innenstadtbereich erforderlich, um ausreichend Parkplätze zu schaffen. (z. B. durch Umsetzung des seit 2005 rechtskräftigen B-Planes „Uferbereich Dammstraße“)

Die Schaffung eines zweiten Aufganges zum Schloss ist hinsichtlich erforderlicher Prioritäten im gesamten Altstadtbereich ist derzeit völlig illusorisch. Alles in Allem: Der in Sachstandsberichten vorgeführte „dringende Handlungsbedarf bei den Stützmauern im Bereich zwischen den Grundstücken Markt 5 bis Leipziger Straße 9“ besteht nicht.

Frage: Was hat der Stadtrat diesbezüglich eigentlich beschlossen und auf welcher Grundlage? Dazu ist zunächst festzustellen, dass Oswald bei allen Themen dieser Art im Stadtrat betont, dass ausgiebige Beratungen im Ausschuss für Stadtentwicklung Grundlage für die jeweils vorliegenden Beschlussvorlagen waren. Motto: Weitere Diskussionen sind eigentlich nicht erforderlich. Es kann zugestimmt werden! Die Stadtratssitzung am 24.01.08 hat, wie schon erwähnt, beispielhaft das Gegenteil deutlich gemacht. In wichtigen Themen wurden chaotische Zustände deutlich. Wegen der vielen Anfragen von Firmen an die Fraktion Bürger für Weißenfels sei zur allgemeinen Information dargestellt, wie sich eine Lobby diverse Aufträge verschafft. Um am Ende an die so begehrten Stadtratsbeschlüsse zu kommen, kann man zunächst folgende Verfahrensweise analysieren:

Man geht in kleinen Schritten vor. Was oft mit einer fast beiläufig erscheinenden Information beginnt, manchmal auch nur mündlich, mündet dann in eine

Beschlussvorlage, die zunächst nur bestimmte Teile eines Vorhabens beinhaltet. Mit zunächst überschaubaren Maßnahmen und Kosten. Das wird dann systematisch weiter geführt. Oft liegen Monate zwischen zwei Vorlagen, wobei die jeweils aktuelle Vorlage sich auf zurückliegende Vorlagen und Beschlüsse bezieht. Von mal zu mal unüberschaubarer. Am Ende hat ein Großteil der Entscheidungsträger (Stadträte) die Übersicht verloren. Das ist ein Teil der Strategie und läuft wie folgt ab:

Am 24.01.08 (38. Sitzung) wird mit der Vorlage vom 13.12.07 (37.Sitzung) auf den Beschluss vom 30.08.07(34.Sitzung) verwiesen. Dort wiederum auf Beschlüsse vom 12.07.07 (33.Sitzung).

Im dortigen Sachstandbericht verlieren sich dann die Spuren hinsichtlich ursprünglicher Beschlüsse.

Da ist dann hinsichtlich Umbau und Modernisierung des Grundstückes Markt 6 nur noch die Rede davon, dass „im Auftrag der Stadt mehrere planerische bzw. Baumaßnahmen durchgeführt wurden. Dies waren die Erstellung von Modernisierungsvoruntersuchungen, Vermessungsleistungen, sowie die Beseitigung der auf dem Grundstück befindlichen baulichen Anlagen als Maßnahme der Quartiersentkernung.

Um die Stabilität der Stützmauern im betroffenen Bereich des Schlosshanges zu erhalten, wurden Stützmauern gesichert und saniert.“

Man höre und staune. Heute sollen diese gesicherten und sanierten Mauern gesichert und saniert werden. „Gemäß vorliegender Kostenberechnung des bis zur Genehmigungsplanung beauftragten Architekturbüros Lückmann aus Dessau belaufen sich die angefallenen Kosten auf 1.739.000,00 Euro.“

Hier die Einzelkosten für den realisierten 1. Bauabschnitt Markt 6:

Modernisierungsvoruntersuchungen .....	49.600,00 Euro
Vermessungsleistungen .....	7.300,00 Euro
Notsicherung am Altbau .....	29.100,00 Euro
Statisch- konstruktive Grundsicherung des Altbaus .....	1.653.000,00 Euro

Gesamt 1.739.000,00 Euro

Auf der Grundlage von Kostenberechnungen ergeben sich für den 2. Bauabschnitt folgende weitere Kosten:

Baukosten Ausbau Altbau .....	895.000,00 Euro
Baukosten Neubau .....	905.000,00 Euro
Außenanlagen .....	100.000,00 Euro
Baunebenkosten .....	303.500,00 Euro
Anteilige energetische Maßnahmen .....	57.500,00 Euro

Gesamt 2. Bauabschnitt .....

Gesamtkosten Umbau und Modernisierung .....

Wahnsinnig, was hier verbraten wurde und werden soll. Wieder 4 Mio., nachdem schon zwischen 4 und 5 Mio. für das Fürstenhaus verbraten wurden. Das Ganze ist noch nicht zu Ende.

## **Januar 2009:**

### **Schmierentheater um das E-Werk**

Die globalen Netzwerker, im neuen Sprachgebrauch Bankster genannt, hatten sich weltweit so verstrickt, dass am Ende keiner mehr durchblickte. Eine Riesenblase aus Lug und Trug platzte. Herzinfarkt des Finanzsystems. Die berühmten Selbstregulierungskräfte des Marktes wirken zu lassen würde das System zu Grunde richten. Da keiner ein besseres kennt, wird gerettet und Nothilfe geleistet was das Zeug hält, obwohl niemand so richtig weiß, was aus

diesem Sumpf überhaupt rettenswert ist. Alle Welt ist dabei, Lehren zu ziehen, obwohl keiner so richtig weiß, wovon und woraus. Aktionismus überall. Nur eines ist wieder sicher: Der Steuerzahler wird bezahlen.

Der neueste Schrei fordert die Schaffung einer „Bad-Bank“. In eine solche staatlich finanzierte „schlechte Bank“ könnten Not leidende Wertpapiere der Banken ausgelagert werden, um Kreditgebern einen Neuanfang zu erleichtern. Einerseits nicht zu fassen, welcher Wahnsinn da ernsthaft diskutiert wird. Andererseits bin ich da auch schnell beim hiesigen E-Werk-Projekt. Nicht nur für mich von Beginn an auch ein Not leidendes Papier mit deutlichen Spuren von Unfähigkeit, Ignoranz, Verschwendung und Verantwortungslosigkeit. Über Jahre hat eine Mehrheit im Stadtrat alle deutlichen Anzeichen einer Fehlentwicklung missachtet.

Da wurden alle Forderungen, Voraussetzungen und Kriterien in Sachen Bevölkerungsentwicklung, Stadtbau, Finanzierung und Nutzung über die Jahre bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und beseitigt.

Als Pseudoargumente sind die Internationale Bauausstellung 2010, die 825-Jahr-Feier der Stadt und der Sachsen-Anhalt-Tag übrig geblieben.

Motto: Das E-Werk ist das zentrale Objekt der IBA und wer hier nicht zustimmt, gefährdet das alles. Die Zeit drängt. Die IBA will das so, die Mittel sind zweckgebunden, wir können also gar nicht anders. So in etwa wollen die Befürworter von ihrer alleinigen Schuld an der Misere ablenken. Niemand spricht darüber, dass die IBA sich rückversichert hat.

„Grundsätzlich wird zu keinem Zeitpunkt der Bearbeitung eines IBA-Themas definitiv nichts mehr korrigierbar sein. Auch die weitere Gestaltung des IBA-Themas ´Grün der Zeit´ ist für Anregungen – gerade aus dem Stadtrat – selbstverständlich offen. In die demokratische Willensbildung innerhalb des Stadtrates wird sich das IBA-Büro jedoch inhaltlich nicht einmischen.“

Das war einem Antwortschreiben an uns Bürger für Weißenfels auf unsere diversen Änderungsvorschläge zu entnehmen.

Dass allerdings eine Zweckbindung der Finanzmittel dann doch ein Eingriff in die demokratische Willensbildung darstellt, geht nicht zu Lasten der IBA.

Wir fanden jedenfalls leider keine Mehrheit im Stadtrat für unsere Vorschläge. Zufrieden geben? So ist nun mal Demokratie? Mitnichten! Eine deutliche Mehrheit der Bürger ist gegen diesen Wahnsinn. Das zeigen diverse Reaktionen, die uns als Bürger für Weißenfels und als Mitglieder des Aktionsbündnisses für die Erhaltung der Weißenfelser Altstadt erreichen.

Dieser Protest steht im Einklang mit den Absichten aus Magdeburg, auch für überschuldete Kommunen die Kreditbremse zu lösen, um Städten und Gemeinden die Chance zu geben, Konjunkturprogramme von Bund und Land zur Überwindung der Finanzkrise zu nutzen.

Allerdings unter der Maßgabe, dass die geplanten Maßnahmen auch finanziell nachhaltig sind und es sich nicht um „Vergnügungsgeschichten“ handelt. Auch und gerade wegen solcher Prämissen verdient die genannte Zweckbindung eine gesonderte Nachbetrachtung. Hier werde ich später die Lupe anlegen.

Gerade weil das E-Werk-Projekt finanziell nicht nachhaltig ist, haben sich die zu Grunde gelegten Privatinvestoren nicht eingefunden. Und was eine Nutzung angeht, handelt es sich um genau solche Vergnügungsgeschichten, wie sie die Stadt sich nicht leisten kann.

Hunderttausende Euro wurden in diesem Bereich verbraten und Millionen sollen folgen. An dieser Stelle verweise ich auch gerne auf den Vorsitzenden des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Günther Oswald. Er lehnt das Projekt grundsätzlich ab und verweist auf die nicht geklärte künftige Nutzung des sanierten Gebäudes und warnt vor den finanziellen Risiken für die Kommune. Dem ist nur hinzuzufügen, was wir BfW seit Jahren predigen und Dr. Otto Klein im Ausschuss mit den Worten zusammenfasste:

„Das ist das unnötigste Projekt in Weißenfels überhaupt.“

Zur Stadtratssitzung am 3.7.08 stimmten 27 Stadträtinnen und Stadträte der Vorplanung „Sport und Event“ und Planungsleistungen in Höhe von 129.400,00 Euro für das Projekt E-Werk zu.

9 waren dagegen:

Astrid Degner, Dr. Otto Klein, Klaus-Dieter Kunert, Rainer Pfannenschmidt, Robby Risch, Hans-Joachim Stehlik und ich (alle Fraktion BfW/STATT Partei), Günther Oswald (CDU-Fraktion) und Angela Sengewald (SPD-Fraktion).

Nicht anwesend waren Iris Erben und Kurt Leser (beide SPD) und Peter Kungl (CDU).

Im Ausschuss für Stadtentwicklung am 19.1.09 sahen die Relationen schon anders aus: 6 Mitglieder waren dafür und 4 dagegen.

Am 29.1.09 stimmt der Stadtrat erneut ab. Es geht dieses Mal um 1,6 Millionen Euro. Es wird sich zeigen, ob aus den Reihen der Befürworter jemand wenigstens aus der aktuellen Finanzkrise gelernt hat und sich in der Lage zeigt, solche Projekte „reagierend und korrigierend zu begleiten“ wie es hochrangige Bundespolitiker für alle möglichen Finanzierungen aktuell einfordern.

Vielleicht verkündet ja auch jemand, dass sich nun endlich Privatinvestoren für die Maßnahmen eingefunden haben – womit dann eine der Anfangsbedingungen für das ganze Theater erfüllt wäre.

Da ich die Pappenheimer kenne, gehe ich davon aus, dass sich wieder eine Mehrheit finden wird. Eine Mehrheit für das unnötigste Projekt in Weißenfels.

Einflussnahmen für den Bürger sind dann erst wieder über die anstehende Kommunalwahl möglich.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich werde Sie auf dem Laufenden halten und auch wieder Namen nennen. Auch solche, die bisher kaum erwähnt wurden. Firmennamen, die in diversen Ideenkonferenzen die abenteuerlichsten Vorschläge machten, um ein solches Projekt voran zu bringen. Die meisten davon kommen nicht mal aus Weißenfels. Lustige Begleiterscheinung: Dabei ist eine Firma, die sich auch noch „komplizen“ nennt. Vielleicht liegen auch hier Antworten auf viele Fragen nach den eigentlichen Verfassern des Drehbuches für die Tragikomödie E- Werk.

## **Februar 2009 – Aktuell: E-Werk**

...Es ging im Wesentlichen um zwei wichtige Tagesordnungspunkte:

5. Stadtbau- Ost Stadtquartiersaufwertung „Altstadt- Neustadt“  
IBA-Projekt E- Werk – Statische Sicherung und Instandsetzung

6. Stadtteilentwicklungskonzept Neustadt

Unter 6. wird als aktuelle Fortschreibung des Stadtteilentwicklungskonzeptes in der wichtigen Anlage „Projekte und Maßnahmen“ ausdrücklich auf folgendes verwiesen:

„Momentan wird aus der Sicht des Begleitgremiums und Stadtrates eine privatwirtschaftliche Initiative, die das E- Werk übernimmt, entwickelt und betreibt, als einzig tragbare Lösung betrachtet.“

Soweit ein privatwirtschaftlicher Betrieb belastbar darstellbar ist, wird die Stadt Weißenfels eine Minimalisanierung beginnen und den Gebäudekomplex dem Betreiber zur weiteren Entwicklung und Bespielung zur Verfügung stellen. Eine Nutzung des Objektes durch die Ernährungsgüterwirtschaft über den Symbolcharakter hinaus wird eher als unwahrscheinlich eingeschätzt.“

Das entspricht den aktuellen Realitäten und bestätigt den bisherigen Unsinn um dieses Projekt. Eindeutig ist die übergeordnete Bedeutung dieses TOP 6 gegenüber TOP 5. Das bedeutet, dass man logischerweise erst über ein Konzept hätte abstimmen müssen und danach erst über eine Maßnahme als Bestandteil dieses Konzeptes, nämlich das E-Werk.

Oder anders herum: Man kann nicht 1,6 Millionen Euro für die Sanierung des E-Werkes beschließen und danach ein Konzept, dass eben diese Maßnahme mangels der vorausgesetzten Privatinvestoren ablehnt. Das hatten die beteiligten Pappenheimer in der Verwaltung wohl erkannt und deshalb die Reihenfolge in der Tagesordnung manipuliert. Stadtrat Martin Neumann hatte diese Widersprüche genannt, seine Ablehnung zu TOP 5 mit Zitaten aus 6 zum Ausdruck gebracht und ich hatte danach die Sache voller Empörung und einer daraus resultierenden Lautstärke auf den Punkt gebracht. Es kann keiner überhört haben. Die Front der Befürworter hat sich weiter verringert. Es zeigte sich aber erneut, dass den Hartlinern die dargestellten Sachzusammenhänge völlig Wurscht sind. Es stachelt sie eher dazu an nun gerade zu zeigen, dass sie bestimmen, wohin das Geld fließt.

Da wurden dann eben zwei Beschlüsse gefasst, die sich in wesentlichen Teilen nicht nur widersprechen, sondern sich gegenseitig ausschließen.

Soviel Dreistigkeit und Ignoranz habe ich seit der Wende im Stadtrat nur selten erlebt.

Unveränderte Unfähigkeit von Teilen der Verwaltung, die der neue OB auf Grund mangelnder Personalalternativen bisher nicht ausräumen konnte? Korruption? Vorteilsnahme? Wir werden sehen, wer Vorteile aus solchen Beschlüssen ziehen wird. Eines ist es mit Sicherheit nicht: Eine vernünftige Entscheidung für eine Stadt, die weiter schrumpft und mehr denn je dazu aufgefordert ist, sorgsam mit öffentlichen Geldern umzugehen.

Herr Richter von der MZ gaukelt in seinem Artikel vom Sonnabend dem Leser Gründlichkeit in dieser Sache vor, indem er relative Belanglosigkeiten zur Sache aufs Papier bringt. Er manipuliert und verfälscht. Er erwähnt Martin Neumann's Argumente oberflächlich, verschweigt aber, dass der zusammen mit seinem Fraktionskollegen Jörg Riemer diesen faulen Zauber nicht mehr mitmachen konnte und dagegen stimmte. Er erwähnt Stadtrat Günther (CDU), der meinte, dass der Beschluss zur statischen Grundsicherung die Konsequenz eines Grundsatzbeschlusses vom Juli 08 sei. Einen solchen Grundsatzbeschluss gibt es nicht. Dem Protokoll zu dieser Sitzung ist lediglich zu entnehmen, dass Planungen zugestimmt wurde. Planungen, von denen Rauner- der Verursacher des Ganzen - immer schwadronierte: „Wenn die Ergebnisse dieser Pläne uns nicht zufrieden stellen, dann wird auch nicht gebaut.“ Nun wird gebaut, selbst entgegen der Erkenntnisse des aktuellen Konzeptes.

Für Richter ist alles folgerichtig. Eine Umkehr hätte die Konsequenz, dass das E- Werk als Ruine stehen bleiben und weiter verfallen müsste, weil das Haus unter Denkmalschutz steht und deshalb nicht abgerissen werden könne. Das schreibt ausgerechnet ein Mann, der genau weiß, dass in Weißenfels Denkmale in großer Zahl sowohl in der historischen Innenstadt als auch im Bereich Industriebauten, wie kürzlich in der Markwerbener Straße, abgerissen wurden. Alles mit Genehmigung der Denkmalschützer. Wenn sich Richter seine eigenen Wahrheiten zurecht strickt, dann bleibt das ihm überlassen. Wer er allerdings- wie ich meine- als Chef einer Lokalredaktion andere Redakteure an bestimmte Themen nicht heran lässt, indem er sie zur Chefsache macht, wer in einer

offensichtlich tendenziösen Berichterstattung über Jahre in einer Tageszeitung dem Leser wichtige und belegbare Zusammenhänge vorenthält, dem sollte weiter Einhalt geboten werden. Ich halte es mit seinem großen Chef Neven Du Mont, der von Journalisten gerade in der heutigen Zeit schonungslose Analysen der bestehenden Verhältnisse verlangt.

Ich halte es auch und immer wieder mit dem ehemaligen MZ- Redakteur und heutigen Buchautor, Gunnar Hinck, der in seinem Buch schreibt:

„Leser können, wenn sie unzufrieden sind, auf ihre Medien Einfluss nehmen und sie nötigenfalls boykottieren.“

Immer mehr unzufriedene Leserinnen und Leser ziehen ihre Konsequenzen, denn die Abo- Zahlen der MZ- Weißenfels sind permanent rückläufig. Verwunderlich ist das nicht, aber bedauerlich für eine Stadt, deren Bürger auch dann aufgeklärt sein wollen, wenn sie über keinen Internetzugang verfügen.

## Geheimlösung?

Aber vielleicht gibt es eine „Geheimlösung“. Damit bin ich beim Altstadtfest und den Gesprächen zwischen Bürgern- und Bürgern für Weißenfels, die für uns sehr erfolgreich waren.

Ein "Baulöwe", der offensichtlich mit den Praktiken bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sehr zufrieden sein kann, was für viele allerdings nicht zutrifft und in den Gesprächen auch deutlich wurde, machte hinsichtlich E-Werk einen Vorschlag:

Weißenfels bräuchte doch eigentlich eine große Disco. Ein saniertes E- Werk und ausreichend vorhandene Stellplätze böten doch eine wunderbare Gelegenheit dafür. Oha! Da kommen doch eine Menge Fragen auf. Scheut da möglicherweise jemand das unternehmerische Risiko für private Investitionen? Will sich da vielleicht jemand einen fertigen Bau hinsetzen lassen, eine Disco anmieten, absahnen und wenn es nicht mehr läuft, verschwinden und die Stadt dann auf einer Invest -Ruine sitzen lassen? Wäre das nicht fatal für eine Stadt, die sich mit einer solchen Variante so oder so selbst Konkurrenz hinsichtlich ihrer schon jetzt nicht finanzierbarer Sport- und Kulturstätten machen würde? Könnte so oder ähnlich alles passen. Zu schnell kam die Ablehnung des SPD- Vorschlages hinsichtlich Nutzung E- Werk für die Feuerwehr mit sehr fragwürdigen Zeitmessungen und sonstigen Begründungen.

## März 2009:

### Zum Thema Seumeclub

...

**Lesen Sie** aus dem aktuell vorgelegten „Schlussbericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt für das Haushaltsjahr 2007.“ Beispiel Seumeclub e.V.: „83.906,38 Euro für Personalkosten, wobei auf zwei hauptamtliche Kräfte 81.750,88 Euro entfallen, die restlichen Mittel ...auf Aushilfskräfte.“

Über 3400.- Euro pro Person monatlich – unglaublich? Sie werden sich wundern, aber mit Sicherheit verstehen, warum hier Kürzungen notwendig waren.

...

ich setze hier die Zitatensammlung aus dem aktuell vorgelegten Schlussbericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt für das Jahr 2007 fort. Zunächst weiter zum Seumeclub e.V.: Neben den schon erwähnten Personalkosten handelte es sich um folgende weitere

„Zuwendungen der Stadt:

- 7234,25 Euro Kosten für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung
- 2040,39 Euro für Tankungen VW-Bus, KFZ- Steuer, Versicherung
- 9308,80 Euro für Honorare
- 3258,24 Euro für Werbung
- 4869,58 Euro für weitere Zuwendungen, wie Durchführung des barocken Kindertages:
- 3569,58 Euro und Fackelumzug im Rahmen des Schlossfestes: 1300,00 Euro

Aus den Buchführungsunterlagen war deutlich geworden, dass nicht nur Veranstaltungen im Widerspruch zu den satzungsmäßigen Zweck stehen, sondern auch Werbungskosten für Veranstaltungen des Vereins aus dem städtischen Zuschuss finanziert worden waren. & Darüber hinaus wurden Kurse mit Volkshochschulcharakter durchgeführt, die den Rahmen des satzungsmäßigen Zweckes überschreiten.

Beispielhaft dazu einige der Veranstaltungen:

Poesie – Konzert, Mein Weesensteiner Osterspaziergang am 03.04.07 – Abendveranstaltung.

Märchenlesung für Kinder am 04.04. 07.

Beide Veranstaltungen wurden von den Künstlern, Herrn Torkler und Herrn Hoppe aus Dresden gestaltet.

Kostenaufwand:

- Honorar für Herrn Hoppe: *2450,00 Euro*
- Honorar für Herrn Torkler: *1050,00 Euro*
- Honorar für das Stimmen des Klavierflügels: *83,30 Euro*
- Kosten für Transport des Flügels vom Goethegymnasium in die 1. Etage des Gebäudes Langendorfer Straße 33: *357,00 Euro*
- Werbungs- und Übernachtungskosten: *934,39 Euro*
- Gesamtaufwand: *4874,69 Euro*
- Einnahmen aus der Abendveranstaltung von 80 Besuchern: *1652,50 Euro*
- Zusätzlicher Aufwand: *3222,19 Euro*

Kreativangebot eines Kurses „Gemüseschnitzerei“ durch Frau Wunderlich, Inhaberin der Gaststätte „Strandklausur“ Zerbst. Lt. Statistik hatte dieses Angebot 86 Gäste angenommen. Einnahmen wurden nicht erhoben.

Kostenaufwand:

- Honorar: *520,00 Euro*
- Fahrtkosten: *259,60 Euro*
- Aufwand insgesamt: *779,60 Euro*

Der ausgewiesene Aufwand für die vorgenannten Veranstaltungen konnte nicht vollständig dargestellt werden, weil die Betriebskosten und die zusätzlichen Kosten zur Dekoration belegmäßig den betreffenden Veranstaltungen nicht immer eindeutig zugeordnet werden konnten. Deshalb ist der tatsächliche Aufwand weitaus höher.“

Es folgen diverse Kritiken hinsichtlich ordnungsgemäßer Buchführung wie „mangelhafte Buchführung...fehlende Empfängerquittungen.“

Allein solche Umstände zeigen die Unfähigkeit und Unverantwortlichkeit im Umgang mit anvertrauten öffentlichen finanziellen Mitteln. Eine Weiterbeschäftigung einer Mitarbeiterin in einer solchen Funktion wäre in der freien Wirtschaft undenkbar!

**19.01.2009:**

## **Das Drama um die Wilhelmshöhe**

Der Vorsitzende des Kegelveins Wilhelmshöhe, Manfred Kanold, hat im November 08 mit seinem Schreiben an potentielle Sponsoren auf Zustände aufmerksam gemacht, die angesichts der aktuellen Diskussion um Sportstätten und deren Finanzierung voll auf die Tagesordnung gehören. Ein solcher Notruf hat auch mich erreicht. Da steht u.a. folgendes:

„Der Kegelvein Wilhelmshöhe hat sein Domizil in der 1926 erbauten Traditionsanlage an der Beude 6. Unsere 45 Mitglieder haben dafür gesorgt, dass diese 6 Bahnenanlage auf dem neuesten technischen Stand ist und bis 2011 als Bundeskegelbahn abgenommen wurde. Leider verkaufte die Stadt die Kegelanlage 2004 an einem Privatinvestor und hat an der Erhaltung der Anlage kein Interesse mehr.

Wir sind damit der einzige Kegelvein in Weißenfels, der für die Nutzung der Anlage Miete zahlen muss und auch die Kosten für Strom, Wasser und Gas trägt. Dazu kommen noch die Kosten für Reparaturen und Material.

Wir geben den Kindern des benachbarten Kinder- und Jugendhilfevereins eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, betreuen Schulen und Kindergärten und selbst „Kegeln im Rollstuhl“ ist möglich....“

Wegen der jährlichen Kosten von über 10.000.-Euro und den auch sonst unglaublich schlechten Bedingungen konnte der Verein beim besten Willen so nicht weiter machen, hat einen bestehenden Vertrag zum Jahreswechsel gekündigt und sich ein anderes Domizil gesucht. Das birgt nun die Gefahr in sich, dass der Verein zerbricht, weil für die älteren Mitglieder die bei Lok neu erschlossenen Möglichkeiten zu weit weg liegen.

Eine seit Jahrzehnten bestehende Tradition verbunden mit vorbildlichem bürgerschaftlichem Engagement droht damit zu Ende zu gehen, und dass in Zeiten, wo alle Welt Bürgersinn und sinnvolle Vereinsstrukturen einfordert.

Der Vorstand macht das Thema nun über verschiedene Pressemitteilungen öffentlich. Für mich Anlass, nach Ursachen und Wirkungen zu fragen. Denn eines ist klar: Vergleicht man die genannten Zustände mit denen, die anderen Sportarten und Sportstätten in Weißenfels zuteil wurden und werden, dann stellt man schnell eine schreiende Ungleichbehandlung fest.

Vereinsmitglieder und Fans aus den Bereichen Basketball, Unihockey und Rudern werden es mir abnehmen müssen, wenn ich als Mandatsträger im Stadtrat und noch dazu als Bürger für Weißenfels eine neutrale Betrachterposition einnehmen muss, um solchen offensichtlichen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre auf den Grund zu gehen.

Es kann aus einer solchen Sicht nicht akzeptiert werden, dass Lobbyisten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung dafür sorgen, dass einige Vereine aufblühen und andere - ohne Lobby - den Bach herunter gehen. Freilich spielt hier die überregionale Rolle samt Außenwirkung für die Stadt bei einigen Sportarten eine besondere Rolle - aber das kann nicht die Entschuldigung für den Niedergang einer traditionsreichen Sportstätte wie der Wilhelmshöhe sein.

Die nämlich hat als Baudenkmal zumindest die gleiche Ausstrahlung und städtebauliche Bedeutung wie beispielsweise das Bootshaus. Auch die hohen Investitionen um das E-Werk - einer Stätte ohne jegliche Bedeutung in diesem Sinne - gewinnen hier eine traurige Aktualität. Dr. Otto Klein berührt mit seiner Anfrage im vorstehenden Artikel genau diese Problematik. Hier lohnt es also zu vergleichen:

Ich weiß aus eigener Erfahrung, welche grundsätzlichen Belange Grundstückskaufverträge mit der Stadt beinhalten: Wer ein heruntergekommenes Grundstück erwirbt, muss danach investieren. Umfang und Realisierungszeiträume sind fixiert. Bei Nichterfüllung ist die Stadt berechtigt, die Rückübertragung zum gleichen Preis zu verlangen. Die dabei entstandenen Kosten trägt der Käufer. Im Fall der Wilhelmshöhe betrug der Kaufpreis 20.000.- Euro. Billig genug, um genau

festgelegte Gesamtinvestitionen von ca. 103.000.- Euro zu verlangen.

„Nach erfolgter Rekonstruktion und Sanierung wird die Einrichtung weiterhin als Gaststätte mit Kegelbahn genutzt.“ Unter diesen Bedingungen hatte eine Mehrheit im Stadtrat in der April-Sitzung 2004 diesem Vorhaben zugestimmt.

Nach den praktischen Erfahrungen der Kegler sind die geforderten Investitionen nicht erfolgt. Im Gegenteil: Seit dieser Zeit haben sich die Zustände verschlechtert. Nichts liegt nun näher, als genau das zu überprüfen und entsprechende Konsequenzen zu abzuleiten und umzusetzen. Das Argument, es handele sich hier um ein Privatgrundstück und die Stadt hätte deshalb keine Möglichkeit einzugreifen, wäre also nicht nachvollziehbar.

Rückkauf zu den genannten Bedingungen mit Übernahme durch die stadteigene WWV wäre eine solche mögliche Konsequenz. 20.000.- für Rückkauf und weitere ca. 20.000.- Euro für dringende Instandsetzungen? Könnte man auf einer solchen Grundlage das Objekt für die Kegler wieder herrichten und für verträgliche Nutzungsbedingungen zur Verfügung stellen?

Relativ wenig Geld für große Wirkung, zumal die Vereinsmitglieder in der Lage sind diverse Eigenleistungen zu erbringen, wie in vielen Jahren zuvor? Fragen, die gestellt und beantwortet werden müssen.

Wer hier mit dem Kostenargument kommt, dem halte ich vor, was beispielsweise seinerzeit in der MZ in Sachen Bootshaus zu lesen war:

*„Aus dem bisherigen Vereinsdomizil lässt sich aufgrund der idyllischen Lage eine Menge machen, schwärmt WWV- Geschäftsführer Bernd Steudtner. Und darin herrscht Einigkeit zwischen ihm und Klaus Ritter, dem Vorsitzenden des Weißenfelser Rudervereins sowie dessen Stellvertreter Ekkart Günther. Mit den in Aussicht gestellten Fördergeldern aus den Töpfen Städtebau und Sport sowie Eigenmitteln der WWV und nicht zuletzt der Absichtserklärung des Oberbürgermeisters Manfred Rauner, das Projekt auf den Weg zu bringen, dürfte einer kompletten Sanierung des Hauses mit Tradition nichts mehr im Wege stehen. Denn seit zehn Jahren versuchen die Vereinsaktiven ihr Bootshaus- Problem zu lösen. Im ersten Quartal des neuen Jahres soll das Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von etwa 1,2 Millionen Mark starten, so Steudtner....“*

Wie gesagt: Es geht auch um die, die über keine ausreichende Lobby verfügen. In allen genannten Punkten haben die Kegler die gleichen Rechte als Bürger einer Stadt, die im Rahmen ihrer freiwilligen Aufgaben Ausgewogenheit und Gleichbehandlung beachten muss.

Und wie war das noch mal mit dem Prüfungsbericht des Sport- und Freizeitbetriebes?

„Der Sportboden in der Stadthalle wurde für 88.000.- ersetzt... Es wurde ein Kunstrasen Sportplatz Röntgenweg mit 424.000.- investiert...“

und selbst das alte Stadiongebäude und die Gaststätte mit Nebengebäuden wurde von der WWV übernommen und sollte durch Investitionen schon 2008 das sportliche und touristische Angebot in der Stadt ergänzen. Deshalb wurde ein Pachtvertrag nicht verlängert. Das war das Aus für "Fegers" Radrennbahn.

Der große Zampano Rauner hat sich gern als der große Sportförderer feiern lassen. Immer mehr wird deutlich, was er wirklich angerichtet hat.

Wir müssen es gemeinsam ausbaden – aber nun endlich mit mehr Fairplay!

## April 2009: Ich wiederhole und ergänze dazu folgendes:

Der Stadtrat hat in seiner April-Sitzung 2004 folgendes beschlossen:  
„Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, dem Verkauf des Grundstückes... unter den dargelegten Bedingungen gem. Anlage 1 zuzustimmen.“

Auszüge aus Anlage 1:

„Kaufpreis: 20.000,-Euro“ (bei 120.000.- Euro Verkehrswert lt. Sachstandsbericht)

„Investitionshöhe: Gesamtinvestitionen ca. 103 066.00 Euro“  
(lt. Liste mit 11 konkreten Maßnahmen im Sachstandsbericht)

„Wiederkaufsrecht: Im Falle der Nichterfüllung der Bauverpflichtung und der Weiterveräußerung vor Erfüllung dieser Verpflichtung durch den Käufer ist die Stadt berechtigt, die Rückübertragung zum gleichen Preis zu verlangen. Die dabei entstandenen Kosten trägt der Käufer.“

„Sicherung: Zur Sicherung des Rechtes der Stadt auf Übertragung des Eigentums bei Ausübung des Wiederkaufsrechtes bewilligen und beantragen die Vertragsparteien die Eintragung einer erstrangigen Auflassungsvormerkung für die Stadt Weißenfels im Grundbuch.“

Im Sachstandsbericht ist nach der Aufzählung der Investitionsmaßnahmen zu lesen:

„Die Firma... beabsichtigt nach erfolgter Sanierung eine Vermietung des Objektes. Wie in den Jahren zuvor soll es als Gaststätte mit Kegelsportbahn genutzt werden.“

Liebe Leserinnen und Leser, ich habe alle meine Unterlagen aus dieser Zeit und danach durchgesehen und bei verschiedenen Verantwortlichen und Beteiligten der Stadtverwaltung nachgefragt: Dieser Beschluss wurde zu keiner Zeit aufgehoben.

Es kam allerdings ein Kaufvertrag zustande, der in den genannten wesentlichen Belangen den Forderungen des Stadtrates widerspricht, indem grundsätzliche Belange einfach ignoriert wurden.

Die inhaltlich exakt vorgeschriebenen Investitionsmaßnahmen wurden weggelassen, und das Wiederkaufsrecht der Stadt wurde entgegen des Beschlusses des Stadtrates mit Ablauf des 31.01.06 begrenzt. D.h. 4 Wochen nach Ablauf der Investitionsfrist. Das konnte niemals reichen, um das Grundstück unter Beachtung aller erforderlichen Formalitäten wirklich zurückzukaufen. Sollte wohl auch nicht.

Die Absichtserklärung des Käufers hinsichtlich Sanierung und Wiedereröffnung als Gaststätte mit Kegelsportbahn taucht im Kaufvertrag gar nicht auf.

Alles in Allem: Rauner hat hier einen Kaufvertrag völlig entgegen eines Stadtratsbeschlusses genehmigt. Er hat damit eine bedeutende Weißenfelser Sportstätte eigenmächtig verhökert. Er hat damit den Keglern eine moderne Kegelanlage entrissen, die bis 2011 als Bundeskegelbahn abgenommen wurde. Er hat das gesamte Umfeld aus Vereinssport, Kinder- und Behindertensport und damit eine komplette Sozialstruktur in diesem Bereich zerstört.

Schöne Osterfeiertage.

Ihr H. Arps

## Nachtrag Dez.09:

Im Rahmen der „Höfischen Weihnacht“ hatte ich Gespräche mit betroffenen Bürgern. Sie sind mit Recht immer noch über den Gesamtsachverhalt empört. Sie sehen mit Zorn den weiteren Verfall der „Wilhelmshöhe“- ihrer einstigen sportlichen Heimstätte über Jahrzehnte. Sie sind enttäuscht über derartige Entscheidungen des Stadtrats. Ich muss an solchen Stellen immer wieder erläutern, dass nun gerade hier der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht hatte.

Leider sind nur wir Bürger für Weißenfels die Einzigen, die dieses Thema nicht unter der Decke halten.

Diese eigenmächtige und gegen beschlossene Vorgaben des Stadtrates gerichtete Entscheidung hat nur einer zu verantworten: Der frühere Oberbürgermeister Manfred Rauner! Der Stadtrat hat nun die Pflicht, zu seiner Entlastung genau das öffentlich zu erklären! Sollte er das nicht tun, dann wird das Thema als Dauerbrenner immer wieder auf den Tisch kommen. Und nicht nur das. Verbunden mit der Frage, wer es unter der Decke halten will und warum!

H. Arps